

Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG 30. WAHLPERIODE DRUCKSACHE 30/11 5. Dezember 2025

Thema: Verbindliche Abstellflächen für Verleih-E-Roller schaffen auf Verleih-Fahrräder ausweiten

Beschlussvorschlag der Fraktion: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD – Landesorganisation Bremen

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Es gibt inzwischen verschiedene Firmen, die Leihfahrräder anbieten. Seit Frühjahr dieses Jahres gibt es u. a. unter dem Namen Bre.Bike 1.100 Räder in der Stadt. Bis zum Herbst soll die Flotte auf 1.450 anwachsen. Diese sind vor allem für die Abonnenten des Weser-Kuriers interessant, denn sie können täglich 30 Minuten die Räder unentgeltlich nutzen. Natürlich ist dieses Angebot auch bei den Touristinnen und Touristen sehr beliebt. Zuständig für den Service ist Nextbike. Das Problem ist, wenn nach dem Nutzen die Fahrräder – ähnlich wie die E-Roller – einfach irgendwie und irgendwo abgestellt werden. Fahrräder nehmen beim "wild"Abstellen mehr Platz als E-Roller in Anspruch und da wird das Umgehen noch komplizierter und gefährlicher.

Die 30. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:

Unter "Drucksache 29/07" wurde ein Antrag auf verbindliche Abstellflächen für das Verleihen von E-Rollern gestellt und beschlossen. Um dieses Anliegen sinnvoll zu erweitern, muss die Forderung ausdrücklich auch auf Leihfahrräder (Bike-Sharing) ausgeweitet werden. Städte wie Köln und Berlin haben hierzu bereits Anträge beschlossen, die kombinierte Abstellzonen für E-Scooter und Leihräder vorsehen.

Damit der Senat seiner Sorgfaltspflicht gegenüber Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und Eltern mit Kinderwagen nachgehen wird, fordern wir, dass Leihfahrräder und E-Roller gemeinsame multimodale Abstellzonen erhalten, um Verkehrsflächen effizient zu nutzen, sodass künftig sowohl E-Roller- als auch Leihfahrradangebote klar geregelte und verbindlich ausgewiesene Flächen erhalten.

Für die Fraktion: Rosemarie Kovač

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten